

Flüchtlingsrat Hamburg  
c/o Kölibri  
Hein-Köllisch-Platz 12  
20359 Hamburg  
Tel.: 040 / 43 15 87 Di und Do 17-19 Uhr und Do 10-12 Uhr  
ansonsten telefonische Nachfragen unter 0173 / 4108642  
Fax: 040 / 430 44 90

Hamburg, den 24.03.2000

## Pressemitteilung

### Ergebnis der Protestaktionen:

### "Stoppt die Abschiebungen!

### Stoppt die Zwangsvorfürungen vor afrikanischen Botschaften!"

von Dienstag, den 21.3. bis Freitag, den 24.3.2000

jeweils ab 7 Uhr morgens bis zum Ende der Anhörungen  
vor der Ausländerbehörde Hamburg, Amsinckstr. 28

Anlässlich der Vorladungen von 214 Flüchtlingen zur sierraleonischen Botschaft in die Hamburger Ausländerbehörde fanden an vier Tagen jeweils ca. 9 Stunden lang vor dem Gebäude Protestaktionen und am 23.3. eine Demonstration zum Rathaus mit ca. 500 überwiegend afrikanischen TeilnehmerInnen statt. Nach unseren Beobachtungen haben trotz Verlängerung des Botschaftsbesuchs um einen Tag an den Anhörungen weniger als ein Viertel der vorgeladenen Flüchtlinge teilgenommen. Entgegen den Aussagen der Ausländerbehörde und der sierraleonischen Botschaft, es gehe lediglich um "Identitätsfeststellungen", nicht um Festnahmen und Abschiebungen, wurden mehrere Vorgeladene verhaftet und abtransportiert, was wir auf Video dokumentieren konnten. Es wurde bekannt, dass nicht nur die sierraleonische Botschaft, sondern (zumindest an den beiden letzten Tagen) auch eine Vertreterin der guineischen Botschaft bei den Verhören anwesend war.

Am Freitag erhielten Flüchtlinge, deren Duldung an diesem Tag ablief, statt einer Verlängerung ihres Aufenthalts Vorladungen für Montag, den 27.3. Die Protestierenden gaben dies bekannt und brachten ihre Entschlossenheit zu einer Fortsetzung der Protestaktionen zum Ausdruck. Daraufhin sagte Herr Jenke, der zuständige Abteilungsleiter in der Ausländerbehörde, einer Delegation der Protestierenden unter Zeugen zu, dass die sierraleonischen Botschaftsanhörungen in der Ausländerbehörde mit dem heutigen Tag beendet seien und die Vorgeladenen am Montag, den 27.3. eine Aufforderung bekommen würden, zu ihrer Botschaft nach Bonn zu fahren. Am heutigen Freitag hätten lediglich 10 Flüchtlinge an den Anhörungen teilgenommen. Kurz nach 12 Uhr konnten wir die Abfahrt der beiden BotschaftsvertreterInnen beobachten.

Wir betrachten dieses Ergebnis als einen Erfolg unserer Protestaktionen und der Entschlossenheit der betroffenen Flüchtlinge, sich auch unter Inkaufnahme von Risiken gegen ihre Abschiebung zur Wehr zu setzen. In den Aussagen von Herrn Jenke sehen wir ein Eingeständnis, dass die Botschaftsanhörungen in der Ausländerbehörde (entsprechend der Argumentation mehrerer RechtsanwältInnen) juristisch nicht haltbar sind. Wir werden gegen evtl. geplante zukünftige Botschaftsanhörungen sowie andere Maßnahmen zur Abschiebung von Flüchtlingen ebenfalls Protestaktionen organisieren.

Im Auftrag des Flüchtlingsrats Hamburgs und afrikanischer Organisationen

